



### Legislaturplanung

Die politischen Lehren, welche aus der Corona-Pandemie gezogen werden können, sollen Eingang in die Legislaturplanung 2019-2023 finden. Der Nationalrat stimmte am Montag dieser Idee des Ständerats zu. Der Nationalrat setzte aber bei der Beratung der Legislaturplanung auch eigene Akzente. So sollen gleichstellungsfördernde Artikel aufgenommen werden, etwa zur Einführung der Individualbesteuerung, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verminderung von Gewalt an Frauen. Zudem will der Nationalrat etwa den flächendeckenden Ausbau der 5G-Technologie in der Legislaturplanung aufnehmen. Die Grünen wollten das Geschäft an den Bundesrat zurückweisen, damit dieser den Klimaschutz als Leitthema der gesamten Politik einbaut. Der Antrag wurde mit 166 zu 30 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft geht in die Einigungskonferenz.

### 5G

Der Bundesrat soll das Monitoring und den Gesundheitsschutz im Zusammenhang mit 5G-Antennen nicht schneller umsetzen als geplant. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 102 zu 79 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Laut Umweltministerin Simonetta Sommaruga laufen die entsprechenden Massnahmen bereits an. Die mit der Motion verlangte sofortige Umsetzung im laufenden Jahr 2020 ist laut dem Bundesrat nicht möglich, weil die gesetzlich vorgeschriebene Ausschreibung und Vergabe der Aufträge noch Zeit bräuchten.

### COVID-Gesetz I

Bundeskanzler Walter Thurnherr vertritt auch bei der zweiten Beratung des Covid-19-Gesetzes im Nationalrat die Regierung. Das Veto der grossen Kammer von vergangener Woche bleibt folgenlos. Der Nationalrat hatte am vergangenen Donnerstag einen Ordnungsantrag von SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi (ZG) angenommen. Er verlangte, dass bei der weiteren Beratung des Gesetzes ein oder mehrere Mitglieder des Bundesrats anwesend sind. Der Bundesrat hat vom Antrag Kenntnis genommen, kommt dem Begehren aber nicht nach, wie Nationalratspräsidentin Isabelle Moret (FDP/VD) bekanntgab. Die Regierung stütze ihren Entscheid auf Artikel 161 des Parlamentsgesetzes. Demnach vertritt der Bundeskanzler die Geschäfte der Bundeskanzlei in den Räten und in den Kommissionen - so auch am Dienstagvormittag beim Covid-19-Gesetz.

### COVID-Gesetz II

Das Parlament will mit dem Covid-19-Gesetz per Notrecht beschlossene Finanzhilfen für diverse Branchen auf eine gesetzliche Basis stellen. In verschiedenen Details sind sich die Räte noch nicht einig, beispielsweise beim Erwerbsersatz für Selbstständige. Der Nationalrat beriet die Vorlage am Dienstag zum zweiten Mal. Er hielt an seinem ursprünglichen Entscheid fest, den Anspruch auf Erwerbsausfallentschädigung für Selbstständigerwerbende sowie Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung auszuweiten. Zudem sollen Mitarbeitende auf Abruf oder mit einem befristeten Arbeitsvertrag sowie Lernende Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung haben. Auch das lehnt der Ständerat ab. Bei den Hilfsmassnahmen zugunsten der Kultur ist ebenfalls ist noch keine Einigung in Sicht. Wie der Bundesrat will der Ständerat für das nächste Jahr 80 Millionen Franken zur Unterstützung von Kulturunternehmen bereitstellen, der Nationalrat will 100 Millionen Franken. Die Vorlage geht wieder an den Ständerat, der bereits am Mittwoch am Zug ist.



### **Pflege**

Das Parlament will den Pflegeberuf stärken. Nicht einig sind sich die Räte bei den Bedingungen für Pflegende, die selbstständig abrechnen wollen. Der Ständerat will, dass nur jene Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime selber abrechnen können, die mit den Krankenversicherern vorgängig eine Vereinbarung abgeschlossen haben. Der Nationalrat lehnt dies ab. Uneinig sind sich die Räte auch bei der kantonalen Zuständigkeit bei den Ausbildungsbeiträgen. Der Nationalrat will die Kantone verpflichten, angehenden Pflegefachkräften Beiträge an die Lebenshaltungskosten zu leisten und veranschlagt dafür 469 Millionen Franken. Der Ständerat will diese Leistung der Kantone jedoch als freiwillig gestalten und beantragt 369 Millionen Franken. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

### **Sozialversicherung**

Wenn ein krankes Baby nach der Geburt länger im Spital bleiben muss, soll die Mutter länger Mutterschaftsurlaub machen können. Dieser Meinung ist nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Es verbleiben aber zwei Differenzen. Die grosse Kammer hat stillschweigend beschlossen, dass die Mutterschaftsentschädigung verlängert wird, wenn das Neugeborene unmittelbar nach der Geburt ununterbrochen während mindestens zwei Wochen im Spital bleiben muss. Bundesrat und Ständerat wollen, dass die Regel erst nach drei Wochen Spitalaufenthalt greift. Im Gegensatz zum Ständerat beantragt der Nationalrat zudem, dass nur Mütter Anspruch auf diese Verlängerung der Entschädigung haben, die nach dem Mutterschaftsurlaub nachweislich wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

### **Berufliche Vorsorge**

Die Auffangeinrichtung der zweiten Säule wird angesichts möglicher Schwierigkeiten wegen der Coronavirus-Pandemie besser abgesichert. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Änderung des BVG-Gesetzes einstimmig gutgeheissen. Nach der inhaltlichen Bereinigung können beide Räte noch über die Dringlichkeit abstimmen. Mit dieser Änderung kann die Stiftung Auffangeinrichtung bei Bedarf rasch ein unverzinsliches Konto im Umfang von bis zu 10 Milliarden Franken eröffnen. Die Auffangeinrichtung soll Mittel aus dem Freizügigkeitsbereich zinslos bei der Bundestresorerie anlegen können, sofern ihr Deckungsgrad die Schwelle von 105 Prozent unterschreitet. Die dringliche Anpassung des Gesetzes über die berufliche Vorsorge soll vorerst für drei Jahre gelten. In dieser Zeit will der Bundesrat eine langfristige Lösung vorbereiten.

### **Krankenkassen**

Minderjährige sollen Zugang zu medizinischen Leistungen haben, auch wenn ihre Eltern die Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 137 zu 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Wer auf die Liste der säumigen Prämienzahlenden kommt, hat nur noch Anspruch auf Notfallbehandlungen. Die Schweiz verstosse damit gegen die Kinderkonvention. Es sei an der Zeit, diese Gesetzeslücke zu schliessen. Barille fordert daher eine Anpassung des Krankenversicherungsgesetzes, sodass Minderjährige nicht mehr auf solche Listen gelangen können. Verena Herzog (SVP/TG) setzte sich vergeblich gegen die Motion ein. Es gehe auch um Gleichberechtigung derjenigen, die ihre Prämien bezahlen, argumentierte sie. Auch der Bundesrat ist dagegen. Der Vorstoss geht an den Ständerat.



## **Bildung**

Über 28 Milliarden Franken will das Parlament für Bildung und Forschung in den nächsten vier Jahren bereitstellen. Nachdem bereits der Ständerat Beiträge erhöht hat, hat der Nationalrat am Mittwoch weiter aufgestockt, hauptsächlich für die Berufsbildung. Mit den elf Finanzbeschlüssen in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2021 bis 2024 beantragte der Bundesrat insgesamt gut 27,9 Milliarden Franken. Der Nationalrat übernahm alle Erhöhungen des Ständerates und stockte die Fördermittel noch einmal um 53 Millionen Franken auf. Minderheitsanträge für Kürzungen oder weitere Aufstockungen kamen nicht durch. Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat.

## **Autobahn-Vignette**

Der Nationalrat ist einverstanden mit der Einführung einer freiwilligen elektronischen Autobahnvignette. Diese soll ab 2022 neben der herkömmlichen Klebeetikette zur Verfügung stehen. Der Ständerat hat der Vorlage bereits zugestimmt. Noch müssen die Räte einige Differenzen klären, unter anderem zu den Kontrollen. Der Preis für die Vignette bleibt unverändert bei 40 Franken. Die Erhöhung des Vignettenpreises auf 100 Franken war 2013 an der Urne gescheitert.

## **Kinderspitäler**

Die heutigen Tarifstrukturen decken die Leistungen von Kinderspitälern oft ungenügend ab. Das Parlament verlangt vom Bundesrat, die Finanzierungslücken der Kinderspitäler zu schliessen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion des Ständerats stillschweigend angenommen. Hintergrund des Vorstosses sind vier Standesinitiativen aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit ähnlichen Anliegen. Der Nationalrat nahm auch eine Motion von Ständerat Damian Müller (FDP/LU) an. Diese hat die gleiche Stossrichtung, ist aber breiter gefasst. Die vier Standesinitiativen lehnte der Ständerat zugunsten der Kommissionsmotion ab. Die Motionen gehen nun an den Bundesrat zur Umsetzung.

## **Krankenversicherung**

Der Nationalrat will Vermittlungsprovisionen für Wechsel in der Grundversicherung der Krankenkasse einen Riegel schieben. Er stimmte einer Standesinitiative des Kantons St. Gallen mit 96 zu 79 Stimmen bei acht Enthaltungen zu. Die Minderheit setzte sich gegenüber der Mehrheit durch, der ein vollständiges Verbot dieser Provisionen zu weit ging. Der Kanton St. Gallen argumentiert, dass Krankenkassen im Zusammenhang mit Kassenwechseln jährlich "Hunderte von Millionen Franken" an Vermittler überweisen würden und forderte ein Verbot dieser Prämien.

## **Grossbritannien**

Der Nationalrat will die Handelsbeziehungen mit Grossbritannien vertiefen. Er hat eine Motion mit dieser Forderung angenommen. Mit dem Vorstoss will Damien Cottier (FDP/NE) erreichen, dass die Beziehungen zu dem Land nach dem EU-Austritt nicht nur erhalten, sondern vertieft werden. Dafür brauche es ein Freihandelsabkommen. Der Bundesrat unterstützte das Anliegen. Die Mind-the-Gap-Strategie sei von Anfang auf eine Ausweitung der Beziehungen ausgerichtet gewesen, sagte Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin. Die Linke lehnte die Motion ab, weil sie eine Deregulierung des Finanzplatzes befürchtet. Die Motion geht nun an den Ständerat.



### **Parteienfinanzierung**

Der Nationalrat tut sich weiterhin schwer mit Regeln für die Parteienfinanzierung. Er hat am Donnerstag den indirekten Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative mit 168 zu 18 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die Ja-Stimmen verteilten sich auf 17 FDP-Vertreter sowie einen BDP-Nationalrat. In der Detailberatung wurden alle Anträge der Kommission, die die Vorlage abschwächten, angenommen. Die Ratslinke argumentierte, dass ohne die Namensnennung von Spenderinnen und Spendern die Vorlage kein Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative sei. Die SVP lehnt die Vorlage aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat. Lehnt ihn dieser ebenfalls ab oder bleibt die grosse Kammer bei ihrer zweiten Beratung bei ihrem Entscheid, ist die Vorlage definitiv gescheitert.

### **Schengen**

Der Nationalrat lehnt die Teilnahme der Schweiz an der ausgebauten Schengen-Datenbank SIS ab. Die Vorlage ist am Widerstand von SVP, SP und Grünen gescheitert. Die Fraktionen hatten unterschiedliche Gründe: Für die SVP ging es grundsätzlich um die Übernahme von EU-Recht und um die Regeln für Ausschaffung. Die Linke sieht in der Vorlage eine Verstärkung der "Festung Europa". Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Als Schengen-Land ist die Schweiz zur Übernahme neuen Schengen-Rechts verpflichtet. Mit der Vorlage wird unter anderem die Fahndung nach Terrorverdächtigen verbessert. Zudem können neu auch besonders schutzbedürftige Personen präventiv ausgeschrieben werden.

### **Datenschutz**

Nach drei Jahren Ratsdebatte soll die Totalrevision des Datenschutzgesetzes bis zum Ende der Herbstsession bereinigt sein. In einem Kernpunkt, dem Umgang mit der automatisierten Bearbeitung von Personendaten, herrscht aber noch immer Uneinigkeit. Der Bundesrat wollte diese Art der Datenbearbeitung an strengere Bedingungen knüpfen, was der Nationalrat bei seiner ersten Beratung im vergangenen Herbst ablehnte. Der Ständerat brachte dann einen Vorschlag ein, der weniger strenge Regeln für Unternehmen vorsieht. Die grosse Kammer lehnt das aber weiterhin ab. Sie beschloss mit 98 zu 88 Stimmen bei 5 Enthaltungen, an ihrem ursprünglichen Entscheid festzuhalten. Links-Grün droht mit einem Nein bei der Schlussabstimmung, sollte sich am Schluss nicht der Lösungsvorschlag des Ständerats durchsetzen. Zusammen mit der SVP, welche das neue Datenschutzgesetz aus grundsätzlichen Gründen ablehnt, könnten SP und Grüne die Vorlage bei der Schlussabstimmung bachab schicken.

### **COVID-Gesetz**

Coronageplagte Selbstständige sollen auch nach Ablauf der Notverordnungen unterstützt werden. Dieser Meinung ist das Parlament. Nun feilschen die Räte noch um die Details der Finanzhilfen. Der Nationalrat will im Gesetz zusätzlich den Passus verankern, dass der Bundesrat Massnahmen zur Abfederung von Schwelleneffekten treffen soll. Es dürfe nicht sein, dass Selbstständige mit Einbussen von 59 Prozent auf der Strecke bleiben, während solche mit Einbussen von 60 Prozent von Finanzhilfen profitieren könnten, lautete der Tenor. Weniger konkret als der Ständerat will der Nationalrat die Härtefälle für Unternehmen der Event-, Reise- und Tourismusbranche und für Schausteller definieren. Das Covid-19-Gesetz geht nun noch einmal an den Ständerat. Bestehen nach der dritten Beratung noch Differenzen, befasst sich die Einigungskonferenz damit.



### **Verfassungsänderungen**

Das Parlament hat die Änderung der Verfassungen in den Kantonen Thurgau, Glarus und Genf genehmigt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat stillschweigend den Vorhaben zugestimmt. Die Verfassungsänderungen wurden notwendig, um angenommene Volksinitiativen umzusetzen. So führt der Kanton Thurgau etwa das Öffentlichkeitsprinzip ein. Im Kanton Glarus kommt es zu einer Änderung bei der Finanzpolitik, und im Kanton Genf wird der Gebrauch von Pestiziden eingeschränkt.

Bern, im September 2020

David Zuberbühler